

Index wirtschaftlicher Freiheit 2014 *Global stark differierende Entwicklungen*

Kürzlich wurde die Ausgabe 2014 des von der konservativen amerikanischen Denkfabrik „Heritage Foundation“, zusammen mit dem „Wall Street Journal“ erstellten „*Index of Economic Freedom*“ veröffentlicht. Es handelt sich um die mittlerweile zwanzigste Ausgabe des Reports. Der bietet einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Lage und Entwicklung von insgesamt 186 Ländern, in denen 99 Prozent der Weltbevölkerung leben. 178 der untersuchten Staaten wurden voll bewertet, bei acht waren die erforderlichen Daten zum Teil nicht verfügbar.

Zehn Kriterien, die in vier Hauptkategorien unterteilt werden, bilden die Bewertungsbasis. Es handelt sich um

- ▶ **Rechtsstaatsprinzip** (Eigentumsrechte, Korruptionsfreiheit),
- ▶ **Regierungsgröße** (Steuerlast, Höhe der Staatsausgaben),
- ▶ **Regelungseffizienz** (Geschäftsfreiheit, Arbeitsfreiheit, Geldverkehrsfreiheit),
- ▶ **Marktoffenheit** (Handelsfreiheit, Investitionsfreiheit, Finanzfreiheit).

Jede dieser Komponenten wird auf einer hundertteiligen Skala abgebildet und geht gleichwertig in die Beurteilung ein. Als Ergebnis wird das arithmetische Mittel aus den zehn Teilergebnissen ausgewiesen – als Zahl zwischen 0 und 100, wobei 100 den Bestwert markiert.

Die Zusammenfassung weist, wie die Autoren betonen, den historischen Höchstwert von 60,3 aus und liegt damit 0,7 Punkte über dem Vorjahreswert. Trotz der globalen Zunahme des Indexwertes wurde in 59 Ländern – darunter auch die USA – ein Rückgang der wirtschaftlichen Freiheit festgestellt. Die größte Zunahme wurde dagegen im pazifisch-asiatischen Raum ermittelt.

An der Spitze gibt es wenig Bewegung. Unangefochten auf Platz eins liegt erneut Hong Kong (90,1), gefolgt von Singapur (89,4), das den Abstand zur Spitze auf 0,7 Punkte verringern konnte. Australien (82,0), die Schweiz (81,6), Neuseeland (81,2) und Kanada (80,2) folgen. Die Führungsrolle des pazifischen Raumes im Hinblick auf die wirtschaftliche Freiheit bleibt also aufrecht. Die Schweiz präsentiert sich erneut als Oase der Freiheit in einer zur Regulierungswüste verkommenen Alten Welt. Chile (78,7, Platz sieben) und Mauritius (76,5, Platz acht) stellen die bestplacierten Entwicklungsländer. Irland ist auf dem neunten Rang wieder im Aufwind und überholt Dänemark (76,1, Rang 10) und die USA (75,5, Rang 12). Die beiden Bevölkerungsriesen Indien (55,7, Platz 120) und China (52,5, Platz 137) liegen weit abgeschlagen. In China ist es hauptsächlich die schlechte Beurteilung im Bereich der Eigentumsrechte, der die Bewertung nach unten zieht, bei Indien bereiten dagegen Korruption und Investitionsfreiheit Probleme.

Am Ende der Tabelle finden sich Venezuela, Zimbabwe, Kuba und Nordkorea. Man sieht: Sozialismus wirkt! Daß die genannten Länder zu denen mit der niedrigsten Pro-Kopf-Wertschöpfung zählen, ist keine Überraschung. Die Korrelation zwischen Wirtschaftsfreiheit und Wohlstand wird durch den Report eindrucksvoll belegt.

Österreichs größter Nachbar und zugleich wichtigster Handelspartner, Deutschland, steht mit einem Gesamtwert von 73,4 auf Platz 18 und liegt damit 6 Plätze vor Österreich (72,4). In der Alpenrepublik fällt vor allem die schlechte Bewertung in der Kategorie Steuerlast (51,0) und der geradezu katastrophale Wert für die

Staatsausgaben (23,5) auf. Die an der Regierungsmacht befindlichen, neidgenossenschaftlich organisierten Wirtschaftsentsfesselungskünstler leisten offensichtlich ganze Arbeit.

Der meist mit starker Zentralisierung und anmaßenden Staatseingriffen vergesellschaftete wirtschaftliche Niedergang wird am Beispiel Frankreichs deutlich: Das sozialistisch durchseuchte Land verschlechtert sich erneut gegenüber dem Vorjahr und zwar um 0,6 Punkte (Gesamtwertung 63,5). Die Grande Nation dümpelt damit auf Platz 70 – zwischen dem wirtschaftlich schwer gebeutelten Portugal und dem aufholenden Panama.

Daß kollektiver Wohlstand mit wirtschaftlicher Freiheit und damit mit unternehmerischen Aktivitäten korreliert, ist eine in der Alten Welt leider im Schwinden begriffene Erkenntnis. Daß unternehmerische Aktivitäten die Basis des Wohlstands bilden, leuchtet insbesondere der politischen Klasse nicht (mehr) ein. Breiter Wohlstand ist letzten Endes eine Folge der Kapitalakkumulation und der dadurch ermöglichten, kostengünstigen Produktion. Hohe Steuern, manische Regulierungswut und neidgetriebene Umverteilungsexzesse stören diesen Prozess.

Politische Führer, die in bereits nahezu zu Tode regulierten Hochsteuerländern weiterhin neue Steuern erfinden, bestehende erhöhen und sich außerdem zum Unternehmervormund aufschwingen, entmutigen die produktive Elite oder treiben sie außer Landes. Ein immer stärker werdender „Brain Drain“ aus Europa in die USA, bei zeitgleichem Zustrom von intellektuell Herausgeforderten aus Arabien, Kleinasien und Afrika, wird sich schon bald als katastrophaler Wettbewerbsnachteil für den einstigen Nabel der Welt erweisen.

Abhilfe kann nur eine Abkehr von planwirtschaftlichen Attitüden, der Rückbau überbordender Staatsaktivitäten, eine Renaissance des Privatrechtssystems – und damit eine Zunahme der wirtschaftlichen Freiheit schaffen!

Der Report findet sich – ganz oder in Teilen (wie etwa den „Executive Highlights“ oder den Länderportraits) - zum kostenlosen Herunterladen unter der Adresse: <http://www.heritage.org/index/about> .

Andreas Tögel
a.toegel@atomed.at